
Presseinformation Nr. 386

1. April 2008

OTTO:

Zensurvorwurf Schächters ist absurd

BERLIN. Zur Kritik des ZDF-Intendanten Markus Schächter an der Begrenzung der Online-Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag erklärt der Medienexperte der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO:

Eine Klarstellung im Rundfunkänderungsstaatsvertrag, dass öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten mit ihren Gebührenmilliarden nicht alles machen dürfen, insbesondere keine elektronische Presse, ist politisch und verfassungsrechtlich geradezu geboten. Die ständige Ausbreitung gebührenfinanzierter Inhalte im Internet ist eine massive Wettbewerbsverzerrung zu Lasten privater Unternehmen, vor allem Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen, die keine milliardenschwere Alimentierung durch die Gebührenzahler erhalten. Angesichts der Vielfalt und der Qualität privat finanzierter Inhalte bedarf es keines öffentlich-rechtlichen Internets!

Die Beschränkung auf "sendungsbezogene" Texte im Internet ist eine europa- und wettbewerbsrechtliche Notwendigkeit. Es ist geradezu absurd, wenn der Intendant des ZDF völlig normale medienpolitische Weichenstellungen als "Zensur" bezeichnet. Ein solcher Vorwurf würdigt alle herab, die sich in Diktaturen tatsächlich einer staatlichen Zensur widersetzen müssen.

Ich gehe davon aus, dass Markus Schächter nicht allen Ernstes den Vorwurf der "Zensur" - der Unterdrückung von Meinungsäußerung und freier Presse, wie sie in Diktaturen stattfindet - gegenüber der deutschen Medienpolitik aufrecht erhalten will. Ich rate ihm daher dringend, in seiner Wortwahl abzurüsten.

Im Übrigen haben die Verantwortlichen von ARD und ZDF doch bisher stets betont, dass ihre Angebote im Internet ohnehin nur Programm begleitend und mit Programmbezug seien. Schon von daher ist die Aufregung Schächters überhaupt nicht nachvollziehbar.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

